

Sie möchten mitmachen?

Informationen anfordern

Hiermit bitte ich um weitere Informationen über die Partei DIE LINKE. in Mönchengladbach, sowie über die Satzung und die Mitwirkungsmöglichkeiten.

Nachname

Vorname

e – Mail

PLZ / Wohnort

Telefon

Straße / Nr.

Bitte Einsenden an unten stehende Adresse im Impressum

Herausgeber dieser Broschüre / Impressum:

DIE LINKE.
Kreisverband Mönchengladbach

Kreisverband Mönchengladbach
Vorstand / V.i.S.d.P.:

DIE LINKE. MG / Torben Schultz
Burgstraße 4
41199 Mönchengladbach
Telefon: 0 21 66 / 979 22 43
E-Mail: buero@die-linke-mg.de

Regelmäßige Treffen (pro Monat)

- ☛ DIE LINKE. Mitgliederversammlung: jeden 3. Mittwoch
Geneickener Bahnhof, Otto-Saffranstraße 102
- ☛ DIE LINKE. Ortsverband MG-Stadt: jeden 2. Donnerstag
Orte wechselnd
- ☛ DIE LINKE. Ortsgruppe Rheydt: jeden 1. Donnerstag
Geneickener Bahnhof, Otto-Saffranstraße 102
- ☛ Solid / Linksjugend: jeden 4. Donnerstag
Orte wechselnd, www.linksjugend-moenchengladbach.de

(Termine könnten variieren. Bitte telefonisch oder über das Internet unter www.die-linke-mg.de/Termine vorher abklären)

Vorankündigung:



Oskar Kommt!

**Kundgebung am 03. Mai 2010
ab 17:00 Uhr auf dem Marktplatz-Rheydt**

Neben Oskar Lafontaine werden die Landtagskandidaten der Mönchengladbacher LINKEN, Mario Bocks und Hartmut Wessels, auf der Kundgebung sprechen. Die Veranstaltung wird durch ein Kulturprogramm begleitet.

**Je mehr Stimmen DIE LINKE. bekommt,
desto sozialer wird das Land!**



**Deswegen am 9. Mai:
DIE LINKE. NRW**



DIE LINKE.

Kreisverband Mönchengladbach

Kopfpauschale?



Thomas König, Arzt und Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Gesundheit & Soziales wird umfassend zum Thema Kopfpauschale informieren.

**Mittwoch, 28. April 2010, 19:30 Uhr
Geneickener Bahnhof, Otto-Saffranstr. 102**

MENSCHENGLADBACH

EINE STADT FÜR UNS!

April 2010

original sozial
www.die-linke-mg.de



Liebe Mönchengladbacher BürgerInnen,

die schwarz-gelbe Bundesregierung will die Gesundheitskosten von den Lohnzusatzkosten entkoppeln. Das heißt, der Beitrag zur Krankenversicherung richtet sich nicht mehr nach dem Einkommen, sondern wird pauschal erhoben.

Geplant ist eine Kopfpauschale zwischen 125,- und 145,- Euro. Die Bundesregierung will den Beitrag der Arbeitgeber einfrieren. Das bedeutet, dass der Beitrag zukünftig nur noch für die Beschäftigten steigt, nicht aber für den Arbeitgeber. Ähnlich wie in der Vergangenheit bei der Rente (durch die Riester-Rente), wäre dies ein Bruch mit dem System der paritätischen Finanzierung. Schon heute zahlen die Beschäftigten 0,9 Prozentpunkte mehr als die Arbeitgeber. Dazu kommen Zuzahlungen beim Zahnarzt, bei Medikamenten und Hilfsmitteln und die Praxisgebühr.

Gesundheitsminister Rösler (FDP) beabsichtigt, das gesamte Gesundheitssystem umzustellen. Zusatzbeiträge sind der Einstieg zum einkommensunabhängigen Krankenkassenbeitrag – der „Kopfpauschale“. Arme und BezieherInnen unterer und mittlerer Einkommen werden belastet, Besserverdienende entlastet.

Für einen Singlehaushalt mit 2.000,- Euro Monatseinkommen brutto (Quelle IfG Institut für Gesundheitsökonomik), würde das eine Zusatzbelastung von 45,- Euro bedeuten. Noch höher ist die Zusatzbelastung in Mehrpersonenhaushalten. Wenn der Staat diese zusätzlichen Kosten durch

Wie wird sich die Finanzierung durch die Kopfpauschale ändern?

	heute	geplant	
+0 Euro	Arbeitgeber-Beitrag 7%	Arbeitnehmer-Beitrag 7%	
		+ Arbeitnehmer-zuschlag 0,9%	Arbeitnehmer-Beitrag als Kopfpauschale ca. 125,00 bis 145,00 Euro
		+Zusatzbeitrag 1%	+Zusatzbeitrag 1%
		+Praxisgebühr 10,00 Euro	+Praxisgebühr 10,00 Euro
	Zuzahlungen auf Arznei-, Heil- und Hilfsmittel 10%	Zuzahlungen auf Arznei-, Heil- und Hilfsmittel 10%	

Zuschüsse für GeringverdienerInnen ausgleichen würde, müsste er zusätzlich 40 Milliarden Euro ausgeben. Ob ein Zuschuss gezahlt würde, hinge von einer Bedarfsermittlung, ähnlich wie bei Hartz IV, ab. Es besteht also die realistische Gefahr, dass dieser Steuerbedarf durch weitere Erhöhungen der indirekten Steuern (also zum Beispiel der Mehrwertsteuer) finanziert wird.

Die Kopfpauschale ist Hartz IV im Gesundheitswesen. Mehr als 40 Millionen Menschen würden zu Bittstellern auf den Sozialämtern, sobald sie erkranken.

Nicht mit uns!

Eine sozial gerechte Gesundheitsreform ist notwendig!

DIE LINKE will eine solidarische Krankenversicherung, in die alle in Deutschland lebenden Menschen, nach ihren Möglichkeiten und gemäß dem Solidarprinzip, einzahlen und von der alle bei Bedarf qualitativ hochwertige Gesundheitsdienste in Anspruch nehmen können.

Wir können es uns leisten!

Gesundheit ist keine Ware!

Unser Landtagswahlprogramm befasst sich auf gut vier Seiten mit dem Thema Gesundheitspolitik. Ein paar sehr kurze Auszüge finden Sie auf dieser Seite. Mehr erfahren Sie im Internet www.dielinke-nrw.de, an unserem Infostand oder im Büro (Adressen siehe Rückseite).

1. Gesundheit für alle durch ein Gesundheitssystem im Rahmen staatlicher Daseinsvorsorge

§ Eine neue Krankenhausplanung, die sich am Bedarf orientiert. Der Bedarf ist aufgrund einer regelmäßigen Gesundheitsberichterstattung zu ermitteln.

§ Eine politische Unterstützung der Ärztinnen und Ärzte, die sich im Dienst ihrer Patientinnen und Patienten der Pharmalobby widersetzen

2. Krankenhausplanung und -finanzierung auf gesunde Füße stellen

§ Die Anwendung des Tarifvertrages Öffentlicher Dienst für alle Beschäftigten in allen Krankenhäusern.

§ Den sofortigen Stopp weiterer Privatisierung öffentlicher Kliniken und die Rekommunalisierung von privatisierten Kliniken.

3. Armut macht krank - Krankheit macht arm - dieser Kreislauf muss durchbrochen werden

§ Eine öffentliche Gesundheitsversorgung für Nichtsesshafte und Menschen ohne Papiere.

§ Die Abschaffung der Praxisgebühr.

§ Medikamente, Heilmittel- und Hilfsmittel sowie Behandlung ohne Zuzahlungen.

4. Gute Arbeit, gutes Leben und Gesundheit – psychische Erkrankungen nicht ignorieren

§ Die Verstärkung ambulanter Angebote bei gleichzeitiger Reduzierung von Betten.

§ Die Unterstützung psychotherapeutischer und psychosomatischer Konzepte gegenüber oft fast ausschließlich medikamentöser Behandlung.

5. Kindern und Jugendlichen ein gutes Leben und Gesundheit

§ Die Finanzierung von Familientherapien.

§ Eine stärkere Verbindung der Kinder- und Jugendpsychiatrie mit der Kinder- und Jugendhilfe.



Thomas König
Arzt und Mitglied der BAG
Gesundheit & Soziales
28. April 2010
um 19:30 Uhr
Geneickener Bahnhof
Otto-Saffranstr. 102